

FDP-Politiker Christian Grascha im Interview

»Werbung ist essenziell«

Der neue Glücksspielstaatsvertrag ist seit über einem Jahr in Kraft. Wie lautet Ihr bisheriges Fazit, Herr Grascha?

Bei allen Widersprüchen: Der neue Glücksspielstaatsvertrag ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern erkennt er die gesellschaftliche Realität an: Manche Menschen haben ein Bedürfnis nach Glücksspiel und manche möchten diesem Bedürfnis eben auch online nachkommen. Dass der Gesetzgeber dies eingesehen hat, ist an sich schon ein riesiger Fortschritt. Das strikte Online-Verbot, das wir vorher hatten, war absurd und auch nicht mit einem mitteleuropäischen politischen Wertesystem in Einklang zu bringen. Wenn Sie mich fragen, hatte es eher chinesischen Charakter und war im Hinblick auf das übergeordnete Ziel, den Spielerschutz, auch völlig wirkungslos. Funktionierender Spielerschutz kann nur in einem regulierten Markt stattfinden – das ist meine Meinung.

Dieser regulierte Markt steht momentan stark unter Beschuss. Man kann sich des Eindrucks nur schwer erwehren, dass restriktive Kräfte momentan alles versuchen, die Zeit

Der niedersächsische FDP-Mann Christian Grascha kritisiert, dass „beharrende Kräfte“ versuchen, den neuen Glücksspielstaatsvertrag zu torpedieren. Einem Verbot von Sportwetten-Werbung erteilt er eine klare Absage: Werbung sei ein essenzieller Baustein, um Spielerinnen und Spieler an den legalen Markt zu binden.

»Schluss mit der Drangsalierung legaler Anbieter, die man zum Aufbau eines funktionierenden Marktes braucht.«

noch einmal zurückzudrehen, etwa durch strenge Werberichtlinien oder ein limitiertes Wettprogramm.

Der neue Glücksspielstaatsvertrag ist ein Kompromiss zwischen liberalen und restriktiven Positionen. Dass die beharrenden Kräfte auch nach dem Inkrafttreten des Regelwerks nicht klein beigeben, geschweige denn auf einen liberaleren Kurs umschwenken würden, war voraus-

sehbar. Das hat mich nicht überrascht, dafür waren die Positionen in der Vergangenheit zu verhärtet. Dennoch kann auch von diesen beharrenden Kräften erwartet werden, dass sie den Geist des neuen Glücksspielstaatsvertrags, den sie selbst mitgestaltet haben, leben.

Aber das fällt ihnen natürlich aufgrund ihrer ausschließlichen Fixierung auf den Aspekt der Spielsucht schwer. Bitte nicht falsch verstehen: Suchtprävention ist ein sehr wichtiger Aspekt, allerdings wird man dem riesigen Glücksspielmarkt nicht gerecht, wenn man ihn ausschließlich durch die Brille der Spielsucht betrachtet. Die weit überwiegende Mehrheit der Spielerinnen und Spieler hat keine

Probleme beim Spiel. Und für die, die wirklich gefährdet sind, gibt es jetzt das spielformübergreifende Sperrsystem OASIS.

Nach unserem Kenntnisstand zählt ihr Bundesland Niedersachsen nicht zu den Ländern, die einen fortschrittlichen Kurs beim Glücksspiel fahren. Bei den stationären Wettbüros und Spielhallen sieht es durch das neue Landesgesetz immerhin etwas besser aus als in der Vergangenheit.

Niedersachsen ist im Länderverbund eher ein Bremsen auf dem Weg zu einer fortschrittlichen Glücksspielregulierung. Das ist auch meine Meinung. Ich verorte dieses Problem ganz klar bei der regierungsführenden SPD, genauer: im SPD-geführten Innenministerium, das für die Regulierung des Glücksspiels verantwortlich ist. Dass sich das neue niedersächsische Spielhallengesetz etwas positiver ausnimmt als seine Vorgänger ist auch nur auf den Umstand zurückzuführen, dass hier das Wirtschaftsministerium und nicht das Innenministerium federführend war. Und trotzdem ist das Er-

Zur Person Christian Grascha

Unser Interview-Partner Christian Grascha ist parlamentarischer Geschäftsführer der FDP und Mitglied im Niedersächsischen Landtag. Er zählt zu den Politikern, die keine Berührungspunkte mit der Materie Glücksspiel haben, sich im Gegenteil intensiv mit ihr auseinandersetzen. Für die FDP, in der er seit 1997 Mitglied ist, geht er auch im Rahmen der diesjährigen Landtagswahl am 9. Oktober an den Start: Grascha wurde im Landkreis Northeim (Wahlkreis Einbeck) zum Kandidaten gewählt. Neben seiner politischen Karriere arbeitet der ausgebildete Industriekaufmann, Finanzwirt (bbw), Masterconsultant in Finance und Finanzanlagenfachmann IHK seit 1999 als selbstständiger Finanzberater und Geschäftsführer. Geboren wurde Grascha 1978 in Einbeck.



gebnis aus meiner Sicht immer noch unbefriedigend: Warum man einen etablierten Spielhallenmarkt mit so strengen Regeln gängelt, ist für mich unbegreiflich. Ein Beispiel ist die Anhebung des Zutrittsalters auf 21 Jahre: Hier sehe ich einen klaren Wettbewerbsnachteil der Spielhallen gegenüber anderen Spielformen. Was die Regulierung des Online-Spiels betrifft: Ich würde mir wünschen, dass sich Niedersachsen über das Glücksspielkollegium der Länder dafür einsetzt, die Übergangsphase, in der wir uns gerade befinden, vernünftig und konstruktiv zu gestalten. Schluss mit der Drangsalierung legaler Anbieter, die man zum Aufbau eines funktionierenden Marktes braucht.

Niedersachsen war zuständig für das Payment Blocking, das die Geldströme zwischen Zahlungsdienstleistern und illegalen Online-Glücksspielanbietern unterbinden soll. Diese Aufgabe übernimmt jetzt die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder. Dafür muss das Land jetzt entscheiden, welchen Weg es in der Frage der Online-Casinos gehen will. Wie lautet Ihr Fazit zu ersterem und Ihr Ausblick zu letzterem Punkt?

Was das Payment Blocking betrifft, hatten wir erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme, jedenfalls in der Form, in der sie vom niedersächsischen Innenministerium ausgeführt wurde. Das Innenministerium hat die Finanzdienstleister nämlich nicht angewiesen, Zahlungen zu unterbinden, sondern sie meistens lediglich auf möglicherweise verdächtige Zahlungen hingewiesen. Vor diesem Hintergrund war der Zugang zum Rechtsweg für die Finanzdienstleister schwierig. Darüber hinaus bestanden erhebliche Zweifel am Vorgehen des Landes aus datenschutzrechtlicher Sicht. Zum Thema Online-Casinos kann ich nur Mutmaßungen anstellen. Eingedenk der Vergangenheit wird es in Niedersachsen wohl eher auf einen staatlichen Anbieter oder ein privates Monopol hinauslaufen. Momentan rührt sich die Landesregierung in dieser Frage noch nicht, versteckt sich hinter den Entscheidungen anderer. Doch die Zeit drängt: Jeder Tag ohne staatlich lizenzierte Online-Casino-Angebote ist ein guter Tag für den Schwarzmarkt.

Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hat alle Wettbüros der Stadt schließen lassen, weil die Wettvermittler seiner An-

»Suchtprävention ist ein sehr wichtiger Aspekt, allerdings wird man dem riesigen Glücksspielmarkt nicht gerecht, wenn man ihn ausschließlich durch die Brille der Spielsucht betrachtet. Die weit überwiegende Mehrheit der Spielerinnen und Spieler hat keine Probleme beim Spiel.«

»Die Vorgänge in Bremen sind beschämend. Innensenator Mäurer stellt einfach mal das rechtsstaatliche Prinzip auf den Kopf. Wenn es um Geldwäsche geht, ist der Staat in der Beweis-pflicht – und nicht der Bürger.«

»Fast das gesamte Marktvolumen entfällt auf lizenzierte Sportwetten-Anbieter. Gerade vor diesem Hintergrund ergibt es Sinn, diesen Anbietern Werbung zu ermöglichen und ihnen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Schwarzmarkt zu verschaffen.«

sicht nach nicht überzeugend dargelegt hätten, woher ihr Gründungskapital stammt. Hintergrund ist eine gesetzliche Anti-Geldwäscheregelung, die besagt, dass in Bremen auch Wettvermittler nachweisen müssen, woher ihr Gründungskapital stammt. Was sagen Sie dazu?

Die Vorgänge in Bremen sind beschämend. Innensenator Mäurer stellt einfach mal das rechtsstaatliche Prinzip auf den Kopf. Wenn es um Geldwäsche geht, ist der Staat in der Beweis-pflicht – und nicht der Bürger. Wo kommen wir hin, wenn der Bürger permanent nachweisen muss, dass er sich an Recht und Gesetz hält? Wenn der Staat einen begründeten Geldwäsche-Verdacht hat, dann kann und muss er diesem auf der Basis des Geldwäschegesetzes nachgehen. Das unterstütze ich voll und ganz. Überzogene Anti-Geldwäsche-Nachweise zu Erlaubnisvoraussetzungen zu machen, ist jedoch der falsche Weg. Das würde man auch bei keiner anderen Branche so machen. Insofern ist es mehr als begründet, bei den Vorgängen in Bremen von einer rein politischen Abstrafaktion auszugehen.

Innensenator Mäurer will auch Sportwetten-Werbung verbieten.

Mein Menschenbild ist das des mündigen Bürgers, insofern stehe ich Einschränkungen oder gar Verboten grundsätzlich skeptisch gegenüber. Beim Sportwetten-Markt handelt es sich um einen nahezu vollständig regulierten Markt: Fast das gesamte Marktvolumen entfällt auf lizenzierte Anbieter. Gerade vor diesem Hintergrund ergibt es Sinn, diesen Anbietern Werbung zu ermöglichen und ihnen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Schwarzmarkt zu verschaffen. Zudem erfüllt Werbung eine wichtige Kanalisierungsfunktion: Werbung ist ein essenzieller Baustein, um Spielerinnen und Spieler an den legalen Markt zu binden.

Welche Hoffnungen setzen Sie in die neue Glücksspielbehörde GGL?

Ich hoffe, dass die GGL den gemeinsamen Konsens des Staatsvertrags eins zu eins in die Verwaltungspraxis überführt. Sie soll nach Sach- und Rechtslage und nicht nach politischer Motivation Entscheidungen treffen. Wenn das gewährleistet ist, bin ich guter Dinge, dass wir bei der Regulierung des Glücksspiels in Deutschland weitere Fortschritte machen werden. | sfl